

Diskussion um CCS-Gesetz

Salzwedel/Berlin (ue) • Die Chancen auf eine Einigung beim CCS-Gesetz zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid sind nicht gestiegen. Dieses Fazit zog die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann (Die Linke) nach der Sitzung der CCS-Arbeitsgruppe. Das Gremium wurde vom Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat ins Leben gerufen. Schwerpunkt der Sitzung am Mittwoch war die Vorbereitung der Ausschuss-Sitzung am 8. Februar, wo das CCS-Gesetz zum inzwischen dritten Mal auf der Tagesordnung steht. Während der Sitzung der Arbeitsgruppe haben sich die Vertreter Sachsen-Anhalts gegen die Anwendung der Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid und dessen unterirdischen Verpressung ausgesprochen. Jetzt wäre es aus Sicht der Landtagsabgeordneten Dorothea Frederking (Bündnis 90/Grüne) nur konsequent, wenn sich die Landesregierung in Magdeburg für ein Gesetz stark machen würde, dass die Verpressung verbietet.

Die bündnisgrünen Politiker im sachsen-anhaltischen Landtag lehnen eine Erforschung des Einfangens von CO₂ zum Zweck der anschließenden Verwertung jedoch nicht ab. „Das nennt man CCU und bedeutet Carbon Capture and Use. Forschung bei Capture - ja, aber nicht beim Storage“, fordert Frederking. Die Bundesregierung sei gut beraten, „wenn sie sich von dem Exportgedanken dieser gefährlichen und unausgegorenen Technik verabschieden würde“, sagte sie.

Nach Einschätzung von Dagmar Enkelmann hat die Bundesregierung jedoch genau das nicht vor. Der Bundesregierung „geht es im Kern nicht um Klimaschutz, sondern um deutsche Exportinteressen. Um die Technologie international salonfähig zu machen, soll sie im Inland offenbar auf Biegen und Brechen angewandt werden“, so Enkelmann. Der Vorschlag der Grünen sei von der Bundesregierung als nicht vereinbar mit Europarecht eingeschätzt worden. Allerdings sei die Position der Linken bestätigt worden, dass ein CCS-Verbotsgesetz eine Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie darstelle.

VS 27.1.2012